

Antrag G.11.: Solidarität mit der Initiative „Rheinmetall Entwaffnen!“

Antragsteller*in:	KV Hildesheim, weitere (siehe Begründung)
Status:	überwiesen an Parteivorstand

- 1 DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit der Initiative „Rheinmetall Entwaffnen“. Wir rufen zu
- 2 den geplanten Aktionen zivilen Ungehorsams gegen deutsche Rüstungskonzerne auf* und stehen
- 3 solidarisch mit allen Aktivist*innen, die wegen ihres Protests Repression erleiden müssen.

Begründung

„Rheinmetall Entwaffnen“ ist eine Initiative, die der Kriegsindustrie in Deutschland den Kampf angesagt hat und deren Infrastruktur mit Mitteln zivilen Ungehorsams blockiert. Zudem organisiert die Initiative Bildungsveranstaltungen, Sommercamps und Demonstrationen, um auf das Geschäft mit dem Tod aufmerksam zu machen.

1. trägt die Initiative dazu bei, ein Problembewusstsein für Krieg hier vor Ort zu erzeugen. „Krieg beginnt hier“ lautet eine Parole. Kriege mögen vielleicht weit weg erscheinen, aber die Waffen für Kriege an verschiedenen Orten der Welt werden hier produziert. So fiel die türkische Armee mit in Deutschland von Rheinmetall produzierten Panzern in Afrin ein und alle 14 Minuten wird ein Mensch durch eine deutsche Kleinwaffe getötet. Krieg geht uns alle an, Profiteure und Produktion müssen entwaffnet werden.
2. wird durch Mittel des zivilen Ungehorsams Kriegsindustrie konkret lahmgelegt. Jede Minute, in der keine Waffe produziert werden kann, ist eine gewonnene Minute für den Frieden.
3. verbindet die Initiative junge und betagtere Aktivist*innen und trägt somit zur Verjüngung und Belebung der Friedensbewegung bei.
4. richtet die Bildungsarbeit der Initiative einen Fokus auf unterrepräsentierte Themen in der Friedensbewegung, zum Beispiel auf die besondere Betroffenheit der Frauen in kriegerischen Auseinandersetzungen. Sie macht deutlich, dass zur Friedensfrage eine feministische Perspektive gehört und zum Feminismus eine antimilitaristische Position. Dasselbe gilt für Umweltfragen. Rüstungsproduktion ist Klimakiller und sollte als erstes konvertiert werden, um einen friedlichen, intakten Planeten für heutige und künftige

Generationen zu hinterlassen.

Somit sollten wir als LINKE uns dringend mit der Initiative und ihren Aktiven solidarisch erklären und die Zusammenarbeit suchen, denn Krieg beginnt hier: Rheinmetall & Co entwaffnen!

* Informationen folgen <https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/>

Weitere Antragsteller*innen: KV Hildesheim, Daphne Weber (Delegierte Jugendverband), Laura Mons (Delegierte Jugendverband), Maik Brückner (Delegierter KV Hildesheim), Thorben Peters (Delegierter KV Lüneburg), Sabine Lösing (Ersatzdelegierte KV Göttingen), Anne Zimmermann (Delegierte KV Wolfsburg), Alexander Hummel (Delegierter KV Heidelberg), Jakob Migenda (Ersatzdelegierter Jugendverband).

Antrag P.01.: Energieintensive Industrien auf den Prüfstand!

Antragsteller*in:	LV Niedersachsen, BAG Ökologische Plattform
Status:	überwiesen an an den Parteivorstand

- 1 Der Parteivorstand wird aufgefordert, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine sozial-ökologische
- 2 Konferenz einzuberufen, die sich kontrovers mit dem Thema der energieintensiven Industrien
- 3 auseinandersetzt.

Begründung

DIE LINKE sagt nein zu Kohle, Erdöl, Erdgas und Atom. Daher befasst sie sich intensiv mit der Frage, ob eine Industriegesellschaft wie die deutsche ohne weitere Veränderungen vollständig durch erneuerbare Energien (Wind, Sonne, Wasserkraft, Geothermie usw.) versorgt werden kann. DIE LINKE beginnt einen Diskussionsprozess darüber, ob scheinbar alternativlose Grundstoffindustrien wie die Automobil- und Stahlindustrie, die Zementindustrie und die chemische Industrie tatsächlich in ihrer heutigen Ausprägung notwendig sind. In den Augen der LINKEN bedeutet die durch die Bundesregierung und Industrie ins Feld geführte vollständige Ersetzung des heutigen fossilen Energieverbrauchs, auch in den Grundstoffindustrien, durch Verfahren mit Wasserstoff bzw. Strom keine pauschale Lösung für das Energiedilemma.

Obwohl die Bundesregierung die Nationale Wasserstoffstrategie ausgerufen hat, wettbewerbsverzerrende Subventionen in Milliardenhöhe und Regelungen auf den Weg

gebracht hat, die Wasserstoff bevorzugen, prüft DIE LINKE z.B. in jedem Fall, ob andere effizientere Energiespeichermöglichkeiten nicht eine bessere Option darstellen und prüft auch die Forderung nach Förderprogrammen für diese Technologien. Es muss eine grundsätzliche Diskussion „weiterhin hoher Energiebedarf“ vs. „umwälzende Veränderungen zur Eindämmung des Klimawandels ohne Atomenergie“ geführt und auf vielen Fachgebieten vertieft werden. DIE LINKE sucht konsequent nach Lösungen, die ohne fossile Energiequellen und ohne Atomenergie auskommen.

Auch die Frage, wie sich Arbeitsplätze, ihre Qualität und ihre Anzahl entwickeln werden, wenn von großen Monopolen auf dezentrale Produktion und von kapital- und energieintensiver auf arbeitsintensive Produktion und Distribution umgestellt wird, muss betrachtet werden. Wo geht es um Industrierückbau und wo und in welcher Form um Konversion?

Weitere Hintergrundinformationen und Recherchen über die Frage einer Renaissance der Atomenergie und die Möglichkeiten von Industrie-Um- oder auch Rückbau als dritte Alternative und Ausweg aus der Zwickmühle „Klimawandel oder Atomrenaissance?“ sowie weitere Diskussionsbeiträge zum Thema sind auf der Seite der ökologischen Plattform Niedersachsen zu finden:

<https://www.dielinke-nds.de/partei/zusammenschluesse/oekologische-plattform-niedersachsen/>

Landesverband Niedersachsen - Beschluss des Landesparteitages vom 14. März 2021;

Antrag P.02.: Mitgliederzeitung

Antragsteller*in:	Landesvorstand Bayern
Status:	überwiesen an an den Parteivorstand

- 1 Der Parteivorstand erarbeitet – möglichst in Zusammenarbeit mit interessierten Landes- und
- 2 Kreisverbänden beispielsweise auf einer Kreisvorsitzendenkonferenz – ein Konzept einer
- 3 Mitgliederzeitung. Ab 2022 wird eine papierne Zeitung mindestens zweimal im Jahr an alle
- 4 Genossinnen und Genossen der Partei verschickt - kostenfrei.
- 5 Das Konzept sollte umfassen:
- 6 • Begleitende digitale Lektüremöglichkeiten, allerdings mit dem Ziel, zumindest alle

- 7 zwei
8 Monate papiern oder digital eine Mitgliederzeitung lesen zu können, z.B. viermal
9 digital,
10 zweimal (Januar, Juli) papiern
- 11 • Die Mitgliederzeitung ist zunächst parteiinternes Medium. Sie soll Kampagnen
12 bewerben,
13 aber auch parteiinterne Diskussionen bieten. Sie soll Möglichkeiten des Mitmachens
14 aufzeigen, aber auch Einbringungen von der Basis.
 - Sie soll regionalisierte Einlagen ermöglichen.
 - Unter Berücksichtigung des Distanzgebotes sollten Absprachen mit Stiftung und Fraktion zur Informationsverteilung an die Mitglieder geführt werden.

Begründung

Ein fester und notwendiger Bestandteil insbesondere in linken Mitgliederparteien ist parteiinterner Kommunikationsfluss. Die Gründe dafür sind vielfältig: Linke Mitgliederparteien müssen sich untereinander verständigen und austauschen können – und das möglichst im geschützten Raum, auch fernab der Bande parteiexterner Presse. Das Internetzeitalter hat fälschlicherweise den Eindruck hinterlassen, dass dies überflüssig wäre: Das Gegenteil ist der Fall: Tendenzielle Überinformierung und Blasenbildung verhindert Informationsfluss der Partei.

Durch die Einstellung der Disput und der Entscheidung, sich zweimal im Jahr auf einen Mitgliederbrief zu beschränken, sowie auf das durchaus ansprechende Online-Format www.links-bewegt.de auszuweichen, beschränkt die Kommunikation auf drei Möglichkeiten der Kommunikation: Internetauftritte, Kommunikation über die Pressebande, und Kommunikation auf Parteitagen oder anderen Foren, in denen wir uns treffen. Alle drei haben ihre Berechtigung und sind notwendig, alle drei schaffen es jedoch nicht, diese so notwendige Form einer papiernen Form zu ersetzen. Die Konsequenz ist misslungene Kommunikation oder sogar Desinformation, reines Top/Down-Prinzip und kein geschützter Raum, in denen Streitigkeiten ausgetragen werden können. Kurz im Einzelnen:

- Internetauftritte: Nur ca. 2/3 der E-Mail-Adressen unserer Mitglieder sind bekannt. Während parteiinterne Formen sich nie bewährt haben, sind die anderen natürlich offen zugänglich auch für Personen außerhalb der Partei. Somit finden Diskussionen anders statt. Eine Online-Kommunikation gewährleistet nicht, dass die Genossinnen und Genossen alle auf einem Diskussionsstand sind.

- Presse: Die Presse fokussiert sich auf bestimmte Bereiche, berücksichtigt Streitigkeiten und Prominenz mehr, verkürzt und liefert ebenfalls keine Möglichkeit der parteiintern, geschützten Kommunikation. Auch wenn wir uns dessen bewusst sind, sind wir in unseren Streitigkeiten dennoch vor allem auf diesen Bereich zurückgeworfen.
- Parteitage/Foren zum persönlichen Treffen: Parteitage, obwohl das höchste Entscheidungsgremium, funktionieren (notwendigerweise) nicht parteiintern, sondern vor allem auch zur medialen Inszenierung. Foren sind selbst in größeren Formaten nur für eine absolute Minderheit, die Zeit und Ressourcen haben, sich auszutauschen.

Gerade als linke Partei, die sich dessen bewusst ist, dass sie abseits bürgerlicher Kommunikation funktionieren muss, die weiß, dass wir uns vor allem über die Mitglieder tragen, ist ein parteiinterner Austausch, an dem alle – zumindest passiv – teilhaben können, unbedingt notwendig. Selbstverständlich können und sollen unter Berücksichtigung des Distanzgebotes Absprachen mit Stiftung und Fraktion zur Informationsverteilung an die Mitglieder geführt werden.

Der Antrag wurde bereits für die letzte Sitzung des Parteitages eingereicht. Aufgrund der Dichte des Parteitages hatten wir uns damals aber entschieden, den Antrag zurückzustellen.

Antrag P.06.: Neue Debattenformate braucht das Land!

Antragsteller*in:	KV Essen, KV Münster, weitere (siehe Begründung)
Status:	überwiesen an an den Parteivorstand

- 1 Der Bundesvorstand wird damit beauftragt ein oder mehrere neue Formate für die auf
- 2 Bundesparteitagen übliche Generaldebatte zu erarbeiten. Eines der Formate wird auf einem der
- 3 kommenden Parteitage erprobt und mit allen weiteren Formen zur Abstimmung gestellt.
- 4 Dabei wird auch folgender Vorschlag berücksichtigt: Anstelle einer Generaldebatte gibt es eine
- 5 längere Debatte zu einem oder zwei wichtigen Gesellschaftspolitischen Themen, zu denen die
- 6 LINKE z.B. noch keine Position bezogen hat oder die in der Partei und Gesellschaft umstritten
- 7 sind. In der Debatte gibt es jeweils eine gesetzte Rede einer „prominenteren“ Person für
- 8 Position A sowie Position B. Danach bezieht sich die Debatte auf das Thema.

Begründung

Generaldebatten haben in unserer Partei und darüber hinaus die Angewohnheit, in eine Aneinanderreihung von Redebeiträgen überzugehen die sich nicht aufeinander beziehen und dutzende unterschiedliche Themen ansprechen. So entsteht keine Debatte, sondern eine Reihe von Monologen. Doch gerade auf dem Bundesparteitag brauchen wir für wichtige oder strittige Themen auch mal mehr Raum, um über sie zu diskutieren, als es z.B. das übliche Antragsprozedere (Einbringung, Für- und Gegenrede) zulassen.

Deswegen schlagen wir vor, den wichtigen Themen auch den Raum zu geben, den er/sie bedarf. Welche Themen das sind, kann der Bundesvorstand entscheiden und dabei z.B. die Mitgliedschaft auch durch Onlineumfragen beteiligen.

So hätten wir auch in der Vergangenheit z.B. die Migrationsdebatte, aber auch Punkte wie das BGE oder die Frage der EU deutlich schneller, transparenter und demokratischer debattieren können. Ob am Ende einer solchen Debatte alternierende Abstimmungen über Anträge notwendig sind, wäre etwas, was der Bundesvorstand debattieren müsste.

Sowieso ist dies nur ein Vorschlag, um der Monologisierung auf Parteitagen ein Ende zu bereiten und demokratische Diskussionskulturen zu stärken, die auch direkte Auswirkungen auf unsere Positionen haben. Denn es ist etwas anderes, ob ich über z.B. Migrationspolitik auf dem Bundesparteitag oder auf einer Konferenz diskutiere, die keine Entscheidungsbefugnisse hat.

So würden wir auch den Raum für einen breiteren Willensbildungsprozess in der Partei öffnen.

Weitere Antragsteller*innen: Kreisverband DIE LINKE. Essen, Kreisverband DIE LINKE. Münster, Daniel Kerekeš (Delegierter, KV Essen), Efstathios Tassikas (Delegierter, KV Essen), Sonja Neuhaus (Delegierte, KV Essen) Andrea Mobini (Delegierte, KV Mülheim), Sefika Minte (Delegierte, KV Oberhausen), Sascha H. Wagner (Delegierter, KV Wesel), Emanuel Zurbrüggen (Delegierter, KV Gütersloh), Jakob Migenda (Ersatzdelegierter Linksjugend [solid]), Jonas Homrighausen (KV Dortmund), Angela Bankert (Delegierte, AKL), Jannis Ehling (Delegierter, BV Friedrichshain-Kreuzberg), Daphne Weber (Delegierte Jugendverband, PV), Daniela Mehler-Würzbach (KV Frankfurt am Main), Alexander Hummel (Delegierter, KV Heidelberg), Jan Siebert (Delegierter, KV Dortmund), Kira Sawilla (Delegierte, Jugendverband)

Antrag P.07.: Leitantrag oder Leidantrag

Antragsteller*in: KV Essen, KV Münster, weitere (siehe Begründung)

Status: überwiesen an an den Parteivorstand

- 1 Der Bundesvorstand wird damit beauftragt Alternativen zur üblichen Diskussion und Erarbeitung
- 2 von Leitanträgen zu entwickeln.
- 3 Dabei wird auch folgender Vorschlag berücksichtigt: Anstelle eines Leitantrags wird ein
- 4 „Arbeitspapier“ für den zu wählenden Bundesvorstand beschlossen, welches maximal zwei DIN A4
- 5 Seiten lang sein darf und in unterschiedliche Punkte aufgeteilt ist. Dieses Papier enthält die
- 6 Aufträge des Bundesparteitags an den zu wählenden Vorstand. Inhaltliche Punkte, die bisher in
- 7 auch in Leitanträgen behandelt wurden, werden in einzelnen Punkten, wie „normale“ Anträge,
- 8 behandelt, wenn sie denn notwendig sind.

Begründung

Leitanträge haben die Angewohnheiten wenig neues und viel altbekanntes zu liefern. Doch anstatt das wir zum wiederholten male eine Position in folkloristischer Art beschließen, sollten wir den Punkten aus Leitanträgen Platz geben und Raum schaffen, die neu und wichtig sind, ohne rahmende Prosa.

Weitere Antragsteller*innen: Kreisverband DIE LINKE. Essen, Kreisverband DIE LINKE. Münster, Daniel Kerekeš (Delegierter, KV Essen), Efstathios Tassikas (Delegierter, KV Essen), Sonja Neuhaus (Delegierte, KV Essen) Andrea Mobini (Delegierte, KV Mülheim), Sefika Minte (Delegierte, KV Oberhausen), Sascha H. Wagner (Delegierter, KV Wesel), Emanuel Zurbrüggen (Delegierter, KV Gütersloh), Jakob Migenda (Ersatzdelegierter Linksjugend [solid]), Jonas Homrighausen (KV Dortmund), Angela Bankert (Delegierte, AKL), Jannis Ehling (Delegierter, BV Friedrichshain-Kreuzberg), Daniela Mehler-Würzbach (KV Frankfurt am Main), Alexander Hummel (Delegierter, KV Heidelberg), Jan Siebert (Delegierter, KV Dortmund), Kira Sawilla (Delegierte, Jugendverband)

Antrag P.08.: Ein Klasse Apparat

Antragsteller*in: BAG Ökologische Plattform

Status: überwiesen an an den Parteivorstand

- 1 Der kommende Bundesvorstand hat Daten über die Parteistruktur zu erheben:
- 2 • über die Parteivorstände auf Europaebene, Bundesebene, Landesebene,
3 Kommunalebene;
 - 4 • für die Vorsitzenden und Stellvertreter*innen dieser Gremien;
 - 5 • für die Schatzmeister*innen;
 - 6 • über die Mitglieder/Delegierten der Bundesparteitage/Landesparteitage;
 - 7 • über die Mitglieder des Bundesausschusses und der Landesausschüsse;
 - über die Kommissionen in Bund und Land.
- 8 Bei der Datenerhebung sind die folgenden Daten der Mitglieder der oben genannten
9 Strukturen zu
10 erheben:
- 11 • Zahl der Mandatsträger*innen mit Angabe der Ebene (Europa, Bund, Land,
12 Kommune);
 - 13 • Zahl der Angestellten der Mandatsträger*innen bzw. Fraktionen mit Angabe der
14 Ebene
15 (Europa, Bund, Land, Kommune);
 - Zahl der Angestellten der Partei (inklusive EL) mit Angabe der Ebene;
 - Zahl der Angestellten der Rosa-Luxemburg-Stiftung;
 - Zahl der Angestellten in Firmen in Parteibesitz.
- 16 Bei allen erhobenen Daten ist aufzuschlüsseln, ob es sich um Vollzeit-/Teilzeitstellen
handelt.
- 17 Bei Anstellungsverhältnissen ist die Stundenzahl zu ermitteln (Zahl der Vollzeitstellen/
18 Zahl
19 der Teilzeitstellen mit der durchschnittlichen Arbeitszeit).
- 20 Auf allen erhobenen Ebenen der Partei ist die Anzahl wie prozentuale
21 Zusammensetzung zu
22 ermitteln.
- 23 Der kommende Vorstand legt diese Zahlen erstmals ein halbes Jahr nach seiner Wahl
vor. Ein
24 jährlicher Stichtag ist im Folgenden vom Parteivorstand festzulegen. Die Ergebnisse
werden auf
jedem Parteitag, auf dem die Vorstände neu gewählt werden, dem Parteitag mit der
Einladung
vorgelegt. Die Daten stehen auch den Ländern zur Verfügung.

Begründung

Wer im Sozialbereich unserer Partei tätig ist, bekommt zunehmend das Gefühl, unsere Partei werde mehr und mehr aus dem Funktionsbereich der Partei gesteuert. Das schadet uns in vielerlei Hinsicht. Kolja Möller und Jörg Schindler wiesen schon 2014 in ihrem Artikel „Funktions- und Sozialbereich - Linke Parteien zwischen Verstaatlichung und Autonomie“ (1) auf wesentliche Probleme eines abgekoppelten Funktionärsbereichs hin:

„Bestimmte Entscheidungen im Funktionsbereich, die in hehrer Absicht oder aus verstaatlichter Logik heraus vollkommen vernünftig erscheinen, führen zum Einsturz des linken Sozialbereichs. Sie können auch nicht von linken Staatssekretären aus der Regierungsbank heraus den Vertretenen nachträglich erklärt werden. (...) Eine demokratische Mitgliederpartei muss versuchen, solche Bewusstseinsformen zurückzudrängen. Manche unprofessionelle Form der Sozialbereichspolitik ist tausendfach emanzipierter als die durch die Agentur gelayoutete Broschüre, (...), auf denen Berufspolitiker von vorne ewig über die Welt dozieren.“

Bernd Riexinger hat in seinem Beitrag zur Strategiekonferenz das begrüßenswerte Ziel ausgegeben, wieder eine Partei der 100 000 Mitglieder zu werden. (2) Er sieht eine einladende Parteikultur, Kampagnen, Stadtteilarbeit und die Erweiterung der Bildungsarbeit als zentralen Kern des Parteaufbaus. Hierzu müssen wir attraktiv für die eigene Basis werden – die Offenlegung des Klassencharakters in unseren Reihen kann hier helfen. In unserem Programm heißt es: „Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind. (...) Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.“ Um dies zu gewährleisten, muss die LINKE aber in der Lage sein, ein strukturelles Eigenleben als Partei zu führen und sich von der parlamentarischen Ebene, die besonderen, gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt ist, zu emanzipieren. Diese parlamentarische Ebene ist nicht allein ein Ort, um die eigene Programmatik durchzusetzen, sie ist auch ein bewusst geschaffener systemintegrierender Faktor, der die Stabilisierung der Zustände, die wir als Partei mit demokratischen Mitteln überwinden wollen, zum Ziel hat. Die Integration des Führungspersonals in ein finanziell lukratives System, von dem die Partei selbst schnell abhängig wird, in Widerspruch mit den programmatischen Zielen gerät. Die Millionenbeträge, die in Fraktionen und Stiftung fließen, bringen einen unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen, Informationen und zur Macht mit sich. Bei den im Politikbetrieb Beschäftigten wächst die objektive, ökonomische Notwendigkeit, dieses System möglichst ohne Stimmenverluste am Laufen zu halten. Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Diese bürokratisierte Sozialschicht (nach Wolfgang Abendroth – nicht mit dem Sozialbereich oben

zu verwechseln) ist dringend auf das Wohlwollen einer medialen Öffentlichkeit angewiesen und wirkt strukturell konservativ – nicht nur im parlamentarischen Sektor, sondern auch innerhalb der Partei. Die Bequemlichkeitsfehler, die bereits die SPD und die Grünen gemacht haben, müssen wir vermeiden, da die LINKE sonst ihre Existenzberechtigung verliert.

Die Kritik an diesen herrschenden politischen Strukturen, ob durch bürgerliche Philosophen wie Hans Herbert von Arnim als auch von Marxisten wie Wolfgang Abendroth oder Johannes Agnoli, ist ernst zu nehmen. Die Partei sollte sich bewusst machen, welche strukturellen Folgen die Finanzierung durch die staatlichen Mittel mit sich bringt.

Es wird nicht gelingen, eine große Zahl an Genoss*innen dauerhaft und ehrenamtlich an die LINKE zu binden, wenn an der Basis der Eindruck besteht, sie führe die Kärnerarbeit (Zettel verteilen, Stände betreuen, Haustürgespräche führen) nicht für eine Partei, sondern für eine elitäre, schwer erreichbare Profiebene durch, die materiell oft auch besser steht und einflussreicher ist. Das Abwenden von den Genoss*innen an der Basis erfolgt meist still. Die Visualisierung der Zusammensetzung der Entscheidungsebenen in der Partei wäre ein wichtiger Beitrag zur Transparenz und um Strategien zu debattieren, aus einer Parlamentsfixierung im Parteileben herauszukommen. Sie hilft, in Zeiten der Wahlen den Fokus auf Kandidat*innen zu richten, deren berufliche Erfahrung außerhalb des staatsfinanzierten Politikbetriebs liegt. Die Zahlen wären Basis dafür, Methoden zu entwickeln, den Wandel zur 100 000-Mitgliederpartei zu forcieren. Sie könnten natürlich auch den Mitgliedern, die von der Dominanz des Funktionsbereichs ausgehen, ihren Irrtum belegen.

Es geht bei dem Antrag nicht um ein Schwarz-Weiß bezüglich Parlamentarismus/ Berufspolitikertum/Regierungsbeteiligung, sondern um ein Instrument, strukturelle Probleme sichtbar zu machen und zu lösen. Viele Mandatsträger*innen, Mitarbeiter*innen, Parlamentarier*innen haben große Ziele und sind oft mit sehr großem Engagement und Einsatz bei ihrer Sache. Was die Funktionsebene oft nicht sieht und nicht immer zu verstehen scheint ist, dass die im Sozialbereich geleistete Arbeit, auch für Wahlerfolge notwendig ist. Diese wird nicht bedingungslos gegeben. Wie Möller und Schindler 2014 richtigerweise bereits schrieben: „Sozial- und Funktionsbereich brauchen sich gegenseitig.“ Das soll gefördert werden.

Die Antragsteller unterstützen den Parteivorstand gerne bei der Erstellung der notwendigen Abfragen. Intention ist ein Datenbestand, der datenschutzkonform ist.

(1) Prager Frühling Februar 2014, S. 46

(2) Partei eines sozialen und ökologischen Systemwandels. – In: Beiträge zur Strategiekonferenz 29.2.-01.03.2020, Kassel, S. 439 – inzwischen wieder auf der Seite

<https://strategiedebatte.die-linke.de/start/>